Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 48 (1954)

Heft: 7

Artikel: Weltrundschau : der ostasiatische Brandherd ; Deutsche Armee - so oder so ; Imperialistische Offensive im Orient ; Der zerstörte "Brückenkopf" ; Wie's gemacht wird ; Russland heute ; Aktiva und Passiva

Autor: Kramer, Hugo

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-139918

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

unterstützte und bis zu seinem Tode die treue Gefährtin war. In schöner Erinnerung blieb ihm sein Pfarramt in Oberhelfenschwil im Toggenburg, das ihn mit der Bauernbevölkerung, aber auch mit den dortigen Heimarbeitern in Verbindung brachte. 1908 zog er nach Schwamendingen bei Zürich, wo ihn nun die Arbeiterfrage aufs tiefste beschäftigte und seinen Eintritt in die Sozialdemokratische Partei bewirkte. Er hat auch in der Arbeiterschaft immer wieder die Wahrheit des Evangeliums vertreten. 1912 wurde Lukas Stückelberger als Nachfolger unseres 1949 verstorbenen Freundes Karl von Greyerz an die Stadtkirche Winterthur gewählt. Hier stand er während eines Vierteljahrhunderts als Vertreter der religiös-sozialen Richtung im kirchlichen Leben, aber auch im Kampf für die soziale Gerechtigkeit und für den Völkerfrieden. Er setzte sich überall ein, wo menschliche Not in Erscheinung trat, so in der Trinkerrettungsarbeit des Blauen Kreuzes, in der Gefangenenseelsorge, für die Betagten, in vielen Kommissionen und Behörden.

Nach seinem Rücktritt 1938 war ihm noch ein gesegneter Ruhestand beschieden. Seine geistige Frische und Lebendigkeit blieben ihm erhalten bis zu seinem Hinschied. Er verfolgte bewegten Herzens alle Zeitereignisse wie auch die geistigen Bewegungen und Entwicklungen; er war für jeden Dienst bereit, besonders auch an den Alten, besuchte, solange ihn seine Füße trugen, die Pfarrvereinigungen und unsere Zusammenkünfte, schrieb in die Tagespresse Bücherbesprechungen oder Artikel auf die Festtage, so noch auf Weihnachten des vergangenen Jahres. Erst das abnehmende Augenlicht gebot ihm endgültig Ruhe. Während eines Ferienaufenthaltes bei seiner jüngsten, in Arlesheim verheirateten Tochter erkrankte er und mußte sein reiches Lebenswerk abschließen. — Aber immer noch steht Lukas Stückelberger als der edle, frohmütige, geisterfüllte und doch so schlichte Mensch mit seinem leuchtenden, gütigen Angesicht vor uns. Voller Dankbarkeit gedenken wir seiner.

Otto Herrmann

WELTRUNDSCHAU

Der ostasiatische Brandherd Die Genfer Ostasienkonferenz tritt wohl in diesen Tagen in ihren letzten Abschnitt ein. Korea ist freilich vorerst abgeschrieben; die Westmächte lassen dort den Dingen einfach den Lauf, ohne sich ehrlich zu gestehen, daß ihre «Polizeiaktion» vom Jahr 1950 unendlich viel mehr Elend, Zerstörung und Tyrannei erzeugt hat, als entstanden wäre, wenn man die Koreaner ihren Revolutions- oder (von der anderen Seite her gesehen) Gegenrevolutionskrieg hätte selber austragen lassen. Vielleicht aber schließt doch der *Indochina* gewidmete Teil der Konferenz mit einem

gewissen Erfolg ab. Wir haben in unserer letzten Weltrundschau bemerkt, es komme in Indochina nun vor allem darauf an, daß die Westmächte die Lage *wirklichkeitsgemäß* ansehen. Dazu ist inzwischen in der Tat ein Anfang gemacht worden, mindestens von Frankreich aus. Die unselige Politik, die in den letzten Jahren vor allem Herr Bidault als quasi unabsetzbarer Außenminister verkörpert hatte, ist jetzt, wenn nicht überwunden, so doch sehr in Frage gestellt. Georges Bidault ist fast über Nacht und wohl zu seiner eigenen größten Überraschung von Pierre Mendès-France abgelöst worden — der als Nachfolger von Laniel die Ministerpräsidentschaft gewonnen hat und nun Gelegenheit bekommt, seiner alten Gegnerschaft gegen die endlose Fortsetzung der «sale guerre» wirksamen Ausdruck zu geben. Das ist ein bedeutsamer Fortschritt. Die Aera Bidault war einfach ein Unglück für Frankreich. Wie Claude Bourdet, der leitende Redakteur des «France-Observateur», schreibt:

«Bidaults Partei ist auf die Unterstützung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft festgelegt, wie ihre Schwesterparteien in Deutschland, Italien, Belgien, den Niederlanden. Diese katholischen Parteien unterstützen naturgemäß die Politik des Vatikans, die darauf ausgeht, ein kleines, vorwiegend katholisches Europa zu schaffen, eine Art Heiliges Römisches Reich, das vom politischen Katholizismus beherrscht wäre. Anderseits haben Bidault und seine Partei von ganz zu Anfang an mehr oder weniger unbewußt die mächtigen Kolonialinteressen unterstützt, die den Krieg in Indochina entfesselt haben. Seither war Bidaults Partei an so vielen Fehlgriffen beteiligt, daß sie in den Augen des französischen Volkes für den Krieg in erster Linie verantwortlich ist... Und schließlich, aber nicht am wenigsten, hat sich Bidaults Politik konsequent auf Unterwürfigkeit gegenüber den amerikanischen Begehren gegründet.»

Als dann Bidaults Nordafrikapolitik zu einem zweiten Kolonialkrieg zu führen drohte, als Bidault in Genf sich hartnäckig weigerte, den Tatsachen der indochinesischen Lage Rechnung zu tragen, ja versuchte, England (das nicht wollte) und Amerika (das gern gewollt hätte) zum massiven Eingreifen in Indochina zu verleiten (auf die Vietminh-Armee vor Dien Bien Phu hätte die «kleine» Atombombe abgeworfen werden sollen), da kam die lang vorbereitete Krise zum offenen Ausbruch und fegte Bidault, und mit ihm auch den lahmen Laniel, weg.

Aber wie gedenkt nun Mendès-France den indochinesischen Knoten zu lösen? Er hat versprochen, bis zum 20. Juli mit dem Vietminh einen Waffenstillstand abzuschließen — oder zurückzutreten. Zunächst hat er, im Einverständnis mit seinen militärischen Beratern, aber zum großen Mißvergnügen der Amerikaner, die schließlich den Indochinakrieg bezahlen, die unhaltbar gewordene Front im Delta des Roten Flusses ganz bedeutend verkürzt und dem Gegner endgültig ein Gebiet mit zwei Millionen Menschen überlassen, bereit freilich, nötigenfalls auf der Linie Hanoi—Haiphong den Kampf neuerdings aufzunehmen. Aber wird sich der Vietminh damit zufriedengeben? Was sind überhaupt seine Friedensbedingungen? Ho Chi-minh hat im letzten Winter erklärt, und die Vietminh-Delegation hat es in Genf wiederholt, der Weg zur Verständi-

gung müsse mit freien Wahlen in ganz Vietnam beginnen, mit der Herstellung der nationalen Einheit des Landes auf Grund des Wahlergebnisses weitergehen und mit der Selbständigkeit Vietnams im Rahmen der Französischen Union enden. Hält Ho Chi-minh diese Bedingungen aufrecht? Wie stellt sich Mendès-France dazu? Und nicht zuletzt: Was sagt Amerika? Denn das ist vielleicht sogar die Hauptsache. Man weiß, daß die Vereinigten Staaten sich bisher des entschiedensten weigern, eine Regelung in Indochina anzuerkennen, die einen Teil davon «der kommunistischen Versklavung ausliefern» würde. Das heißt: Der Vietminh hat einfach zu verschwinden; Bao Dai und seine Leute stellen die einzig rechtmäßige Regierung des Landes dar. Denkt Mendès-France auch so? Oder wird er sich über das amerikanische Veto gegen eine Anerkennung des Vietminh hinwegsetzen? *Kann* er das überhaupt, bei der notorischen wirtschaftlichen und finanziellen Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten, in die sich Frankreich begeben hat? Und wo steht England? Was von den jüngsten Verhandlungen Churchills und Edens in Washington darüber bekannt geworden ist, lautet höchst unklar; wird die britische Regierung bis zum Schluß auf ihrem Widerstand gegen die letzten Ziele der amerikanischen Ostasienpolitik beharren, oder läßt sie sich schließlich, im Namen der «angelsächsischen Solidarität», die Churchill so teuer ist, doch zu irgendeinem gefährlichen Kompromiß bewegen?

Denn daran ist ja kein Zweifel: Eisenhower und Dulles beharren ihrerseits fest auf ihrem Standpunkt. Sie sind überzeugt, daß auch in Asien, wie in Europa, ein friedliches Zusammenleben mit der kommunistischen Welt auf die Länge unmöglich oder doch ganz unerwünscht ist. Sie haben — als Exponenten der politischen und wirtschaftlichen Kräfte, die hinter ihnen wirken — den «Verlust» Chinas noch immer nicht verschmerzt; sie stemmen sich wütend gegen die Aufnahme Chinas in die UNO und erst recht gegen jedes weitere, wenn auch noch so unkriegerische Vordringen des Kommunismus (oder des kommunistisch verkleideten Nationalismus) in Südostasien, und sie spielen nach wie vor mit dem Gedanken einer neuen Kollektivaktion der «freien Nationen» in Ostasien, nach dem Muster des Koreakrieges aufgezogen, aber diesmal auch direkt gegen China gerichtet und mit *allen* Mitteln der modernen Kriegstechnik durchgeführt. «Ist es gleich Wahnsinn, hat es doch Methode.» Wieweit die Vereinigten Staaten ihre europäischen Verbündeten dafür zu gewinnen vermögen, darauf kommt es nun wohl entscheidend an. Man wird ja wohl in Genf bald erfahren, wie Frankreich und England jetzt zu Amerika stehen. Daß man in Washington von Genf nichts erwartet, ja alles tut, um aus Genf den gleichen Mißerfolg zu machen, wie Berlin einer war, das weiß man längst. Aber resigniert nun auch London? Und kann sich Frankreich die Weiterführung des Indochinakrieges überhaupt noch leisten, sei es auch nur

im Rahmen der berühmten Kollektivaktion, die Amerika erstrebt? Wenn aber nicht — ist es dann wirklich bereit, mit Amerika zu brechen und seinen eigenen Weg zu gehen? Wir werden sehen*.

Deutsche Armee — so oder so Unbeirrt steuert Amerika seinen Kurs insbesondere in *Europa* weiter. Bevor Churchill und Eden nach Washington flogen, machte der britische Außenminister (und künftige Ministerpräsident) eine sicher wohlstudierte Gebärde der Unabhängigkeit gegenüber den Vereinigten Staaten, indem er neuerdings von einem europäischen «Locarno» sprach, also einer gegenseitigen Besitzstandsgarantie und Nichtangriffs-Verpflichtung zwischen den Staaten des Westblocks und denen des Ostblocks. Aber die Reaktion in Amerika war mehr als unfreundlich — direkt empört. Das Abgeordnetenhaus nahm sogar einstimmig eine Entschließung an, wonach jedes Land, das mit einem kommunistischen Staat einen Nichtangriffspakt vereinbare, jede amerikanische Wirtschaftshilfe verwirke. Der Gedanke, daß sich die «freie» und die «unfreie» Welt gegenseitig auf gleichem Fuß behandeln könnten, ist für das offizielle Amerika heute einfach unerträglich, und es setzt alles ins Werk, um auch diejenigen seiner Verbündeten, die etwa anders zu denken geneigt sind, beim rechten Glauben zu erhalten. Offenbar hat es damit gegenüber Churchill und Eden auch etwelchen Erfolg gehabt. Wenigstens ist die Stelle in der gemeinsamen Erklärung der amerikanischen und britischen Regierung, beim Abschluß der Washingtoner Besprechungen, daß keines der beiden Länder «einer Regelung oder Vereinbarung zustimmen werde, die die widerwillige Untertänigkeit früher souveräner, aber heute versklavter Staaten bestätigen oder verlängern würde», offen-

---

* Bei der Durchsicht der Korrekturbogen unserer Weltrundschau stellt sich die Lage in Genf etwa so dar: Man rechnet allgemein mit dem Abschluß eines Waffenstillstands in Indochina für die allernächsten Tage. Es scheint, daß sich Frankreich mit dem Vietminh grundsätzlich auf eine Teilung von Vietnam ungefähr entlang dem 16. Breitengrad geeinigt hat. Laos und Kambodscha sollen vorerst unabhängig bleiben, während in absehbarer Zeit Wahlen in ganz Indochina stattfinden sollen, die über das weitere Schicksal des Landes entscheiden würden. Ob und wieweit ein Waffenstillstand in Indochina international kontrolliert und garantiert werden soll, steht noch dahin. Immerhin ist offenbar England bereit, einer von Frankreich angenommenen militärisch-politischen Vereinbarung zuzustimmen, während sich die Vereinigten Staaten schmollend auf der Seite halten, ohne jedoch Frankreich direkt Schwierigkeiten zu machen.

Wenn eine auf solcher Grundlage getroffene Regelung Bestand haben soll, dann darf aber auf keinen Fall ein Versuch gemacht werden, den Vietminh wieder zu zerschlagen, wie das von Frankreich, mit britischer und amerikanischer Unterstützung, im Jahr 1945/46 mit ebensoviel Hinterlist und Brutalität wie mit Erfolg unternommen wurde, nachdem es bereits die Volksrepublik Vietnam unter der Regierung Ho Chiminh anerkannt hatte. Vietnam, wie auch Laos und Kambodscha, müssen endgültig und vollständig unabhängig von Frankreich werden. Das ist die Voraussetzung für die wirtschaftliche, soziale und politische Befreiung der Völker von Indochina, die von Frankreich seit Jahrzehnten so schamlos ausgebeutet und geknechtet werden. (18. Juli.)

bar auf das Verhältnis der Westmächte zu *Osteuropa* gemünzt. Ein mehr als bedenklicher Rückschritt der britischen Politik gegenüber ihrem bisherigen Standpunkt! Aber schließlich doch nur die folgerichtige Auswirkung des Churchillschen Leitsatzes, daß der unverbrüchliche Zusammenhalt Englands und Amerikas der Grundpfeiler aller Friedenssicherung in der Welt sei. «Seit 1951», so stellt der «New Statesman» mit sichtlichem Unbehagen fest,

«hat die britische Politik in Europa die übliche amerikanische Linie stets getreulich eingehalten. Als Eden die Nachfolge Morrisons übernahm und ebenso rücksichtslos wie Dulles erklärte, die Wiederaufrüstung Westdeutschlands stelle einen unabdingbaren Bestandteil der britisch-amerikanischen Politik dar, nahm er England die Rolle eines Vermittlers in Europa weg, die er in Südostasien gewonnen hatte, und half damit den völligen Mißerfolg der Berliner Konferenz sichern. Indem er sich der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft fernhielt und doch Frankreich in sie hineinzuzwängen suchte, hat er Dr. Adenauer und einem wiederauferstehenden Westdeutschland einen entscheidenden Einfluß auf die Geschicke Europas zugeschanzt.

Die Verlautbarung von Washington und die Sechspunkteerklärung sind nur der logische Schlußpunkt dieser tragischen Entwicklung. Was auch immer in Südostasien erreicht werden mag — in Europa wird es keinen Friedensschluß geben, seit sich England und Amerika bestimmt auf eine Politik dynamischer Eindämmung des Kommunismus festgelegt haben. Und wenn die Franzosen bei dieser Politik nicht mitmachen und zu der EVG ‚Nein' sagen, so werden sie unzweideutig darauf aufmerksam gemacht, daß man in diesem Fall eben andere Wege finden werde, um der Bundesrepublik die volle Souveränität zu geben. Großbritannien und die Vereinigten Staaten sind blind entschlossen, den Westdeutschen die Militärmacht zu verschaffen, die Dr. Adenauers Nachfolger — wenn nicht schon ihn selbst — instand setzen wird, die Befreiung der Ostzone und der verlorenen Provinzen mit jener deutschen Machtpolitik ins Werk zu setzen, die herkömmlicherweise zwischen den beiden Extremen einer Annäherung an Rußland und eines Kreuzzuges gegen Rußland hin- und herschwankt. Es sind schreckliche Beschlüsse!»

Die Ausarbeitung einer «*Ersatzlösung*» für den nun sehr wahrscheinlich gewordenen Fall, daß Frankreich die famose Europa-Armee, mit einer neuen deutschen Wehrmacht als Kern, endgültig ablehnen sollte, ist tatsächlich jetzt einer der Hauptgegenstände des diplomatischen Gespräches zwischen den Westalliierten. Und Herr Adenauer hat sich mit seiner üblichen brutalen Plumpheit ungeniert in dieses Gespräch eingeschaltet, indem er kürzlich in einem Radiointerview Frankreich vor die Wahl stellte, entweder die Europa-Armee zu schlucken oder eine andere Form der westdeutschen Aufrüstung anzunehmen. Die Verstimmung, die darob in Frankreich entstanden ist, wird allerdings die Bonner Politiker und Militärs wenig kümmern, sind sie doch der freudigen Unterstützung der Vereinigten Staaten für die Durchsetzung ihres «Meisterplanes» vollkommen sicher. Nur wird es etwas schwer halten, der neuen deutschen Wehrmacht eine andere Form zu geben als diejenige eines «bescheidenen Beitrags zur Europa-Armee», wenn Frankreich auch das nicht will. Denn rechtlich ist eben jede Änderung der internationalen Stellung Westdeutschlands an die Zustimmung *aller* Besetzungsmächte — mindestens der westlichen — gebunden. Freilich, was hat sich Deutsch-

land jemals um völkerrechtliche Bindungen gekümmert! Über solche «Zwirnsfäden» ist es noch nie gestolpert. Und wenn sich Hitler von den «Fesseln des Versailler Vertrages» selbstherrlich befreit und Deutschland wieder aufgerüstet hat, warum sollte das ein Adenauer mit dem Bonner und Pariser Vertrag nicht auch fertigbringen? Mit seinem Ultimatum an Frankreich *hat* er ja eigentlich das Besetzungsstatut bereits zerrissen und ohne Umstände die volle außenpolitische und militärische Souveränität Westdeutschlands zurückgenommen. Und England wie Amerika schauen seelenvergnügt zu . . .

Was eröffnen sich aber da für Aussichten! Wenn sich Amerika und England auf der einen Seite und Westdeutschland auf der anderen zusammenfinden, um die «dynamische Eindämmung» des kommunistischen Ostens — das heißt die gewaltsame Auflösung des Sowjetblocks — zu versuchen und damit Hitlers gescheitertes Abenteuer in gewaltig vergrößertem Stil wiederaufzunehmen, was für eine Rettung gibt es dann noch für Europa? Verantwortliche (oder soll man lieber sagen: verantwortungslose?) englische und amerikanische Militärs, wie General Hoge, der Oberbefehlshaber der amerikanischen Landstreitkräfte in Europa, und Feldmarschall Montgomery, haben ja in jüngsten Erklärungen keinen Zweifel darüber gelassen, daß die angelsächsischen Mächte «entschlossen sind, beim Ausbruch eines Krieges die Atomwaffen zu verwenden, ganz unabhängig davon, ob sie der Gegner eingesetzt hat». Und was das heißt, dürften wir nachgerade wissen. Atom- und Wasserstoffbomben, vielleicht gar die Kobaltbombe, dazu die chemischen, biologischen und radioaktiven Waffen, die längst bereit stehen — das genügt vollkommen, um den Untergang des Abendlandes — diesmal aber den wirklichen, nicht bloß den literarischen — sicherzustellen. In solcher Lage nicht alles daransetzen, um *jede* bewaffnete Austragung internationaler Konflikte unmöglich zu machen, sondern weiter und weiter rüsten, um «im nächsten Krieg» zu gewinnen oder doch standzuhalten, Schützenfeste abhalten, um den «Wehrwillen» zu kräftigen, und zivilen Luftschutz zur Abwehr des Atomschreckens organisieren — das ist ein derart frevelhaftes Spiel mit dem Leben der Völker, daß man Grund hat zu fragen, ob die Geisteskrankheit des militanten Antikommunismus sich in noch phantastischeren Formen äußern kann. *Diesem* verstockten und verblendeten Geschlecht scheint wirklich alles zuzutrauen zu sein!

Imperialistische Offensive im Orient Setzen wir indessen unseren Rundblick über die Weltereignisse fort und wenden wir uns rasch wieder einmal den gärenden Ländern des *Orients* (und *Nordafrikas*) zu, die in unserer Chronik die letzte Zeit vielleicht etwas zu kurz gekommen sind. Neben Ostasien ist ja hier der Aufstand der «rückständigen» Völker am weitesten vorangekommen. Noch am Ende des Ersten Weltkrieges schienen der soge-

nannte Nahe und Mittlere Osten sowie Nordafrika ziemlich fest in der Hand der westlichen Kolonialmächte, besonders Englands und Frankreichs, zu liegen, zumal der Zusammenbruch des Türkenreiches und der Rückzug Rußlands aus dem imperialistischen Wettbewerb die Chancen des Westens bedeutend verbessert hatte. Der Zweite Weltkrieg schwächte dann aber — wir zitieren die «Monthly Review», April 1954 — «Frankreich und England so ernstlich, daß ihre Imperiumsstellung überall erschüttert und an manchen Orten sogar gebrochen wurde». England mußte aus Indien heraus; Frankreich verlor seinen Einfluß in Syrien und Libanon; in Persien und Ägypten erhob ein junger Nationalismus sein Haupt, in Tunis und Marokko mußte Frankreich der einheimischen Bevölkerung größeren Anteil an der Verwaltung versprechen. Gleichzeitig trat verschiedenenortes der amerikanische Imperialismus auf den Plan und suchte sich in den von England und Frankreich geräumten Stellungen festzusetzen. Der arabisch-asiatische Block spielte in der großen Politik eine immer bedeutendere Rolle und wurde besonders von Amerika als ärgerliches Hemmnis bei seiner Politik der Gleichschaltung der UNO-Staaten empfunden. Die Gewinnung voller nationaler Unabhängigkeit und eine weitgehende wirtschaftlich-soziale Umwälzung dieses ganzen Länderraumes schien nur mehr eine Frage verhältnismäßig kurzer Zeit.

Aber unversehens trat fast auf der ganzen Linie ein Rückschlag ein. Ereignisse wie der Sturz Mossadeghs in Persien, die Absetzung des Sultans von Marokko durch die Franzosen, die Versteifung des britischen Widerstandes am Suezkanal waren Zeichen einer neuen, in der umgekehrten Richtung verlaufenden Strömung. Wir glauben mit der genannten amerikanischen Zeitschrift, daß die imperialistischen Mächte, vor allem Amerika und England, mit oder ohne Beiziehung Frankreichs, irgendwie vereinbarten, die ganze, so gefährlich bedrohte Ländermasse neu aufzuteilen und einander in ihrer Festhaltung zu unterstützen:

«Roh skizziert scheinen die Interessensphären folgendermaßen aufgeteilt worden zu sein: Pakistan und die Türkei gehen an die Vereinigten Staaten; in Iran wird das Öl zwischen Engländern und Amerikanern geteilt, während die politische und militärische Verantwortung den Vereinigten Staaten zufällt; Irak, Syrien, Libanon, Jordanien und Ägypten werden England überlassen. Zweifellos wurde vereinbart, daß Frankreich im Besitz seiner westlicheren Kolonien in Nordafrika unterstützt werden solle; ebenso wahrscheinlich wurde eine Aufteilung der Ölgebiete in Saudarabien, Kuweit und Bahrein unter die verschiedenen internationalen Ölgesellschaften vereinbart.»

Vieles spricht für diese Deutung. Die Ersetzung des persischen Nationaldemagogen Mossadegh durch Zahedi ist so sicher wie irgend etwas eine Leistung Amerikas; nicht zufällig haben die Vereinigten Staaten seither dreimal ansehnliche Kredite an Persien gewährt (im Mai waren es bereits 60 Millionen Dollar), abgesehen noch von der amerikanischen Militärhilfe und technischen Hilfe an Persien. Die Türkei wird schon

längst von Amerika militärisch ausgehalten und für seine Flotten- und Luftstützpunkte benützt. Jetzt hat auch Pakistan seinen Hilfsvertrag mit den Vereinigten Staaten, die es außerdem enger mit der Türkei zusammengebracht haben. Die Ausdehnung dieses förmlichen Allianzsystems auf Irak und Iran steht bereits in Erwägung; anderseits sind unter amerikanischem Patronat Griechenland und Jugoslawien enger an die Türkei herangerückt.

In Syrien ist schon vor Monaten das «unzuverlässige» Militärregime Schischakli gestürzt und durch eine englandfreundliche Zivilregierung ersetzt worden. Das würde gut zu dem alten britischen Plan passen, Irak, Syrien und Jordanien unter dem König von Irak — einer Puppe Englands wie sein jordanischer Kollege — zusammenzufassen. In Ägypten aber hat die «nationale Revolution» im Laufe verschiedener Krisen, deren Hintergründe von hier aus schwer zu erkennen sind, so starke Rückschläge erfahren, daß das Ergebnis eine sichtbare Schwächung des neuen Regimes und damit eine Stärkung der Stellung Großbritanniens am Suezkanal ist. Auch im Sudan scheint die ägyptische Regierung an Einfluß verloren zu haben; ob der neuerdings gemeldete Beizug einer westdeutschen Militärmission und westdeutscher Wirtschaftsfachleute, die an Stelle der britischen treten sollen, auf Wunsch Englands selber erfolgt, das gern hinter Adenauers Leute zurückträte, ist noch nicht klar.

Soviel aber liegt am Tag: Die Gegenoffensive der alten und neuen imperialistischen Mächte ist im Orient und in Nordafrika in vollem Gang. Sie trifft selbstverständlich überall auf ein gewisses Maß von Widerstand aus den Völkern, besonders jüngstens in Marokko und Tunis, wo ein mit systematischem Terror arbeitender Nationalismus den Franzosen bös zu schaffen macht. Da sie sich aber in den meisten Ländern auf die alten Herrenklassen stützen kann, hat sie unverkennbar schon recht bedeutende Erfolge erzielt und kann nicht ohne Grund auf weitere Fortschritte rechnen. Und hinter ihr steht die ganze riesige Wirtschafts- und Militärmacht der Vereinigten Staaten, die weiß, was sie will, und die auch entschlossen ist, die Mittel einzusetzen, die den weltweit erstrebten Zweck erreichen sollen.

Der zerstörte «Brückenkopf» Man muß sich eben immer die große Tatsache vor Augen halten, die das ganze Weltgeschehen unserer Zeit bestimmt: daß die Vereinigten Staaten von Amerika die Führung der konservativ-gegenrevolutionären Kräfte übernommen haben, die jeden Ansatz zum Aufbau einer neuen, vom Kapitalismus und Feudalismus freien Gemeinschaftsordnung zu zerstören trachten, sei es nun in Osteuropa oder in Asien, in Westeuropa oder auf dem amerikanischen Kontinent selbst. Die Ereignisse, die sich Ende Juni und Anfang Juli in *Guatemala* abgespielt haben, sind ein neues, typisches Beispiel für diese Rolle des kapitalistischen «Weltpolizisten», die sich Amerika angemaßt hat.

Was ist in Guatemala geschehen? Staatssekretär Dulles hat mit allen Zeichen höchster Erleichterung festgestellt, daß hier wieder einmal «eine große Gefahr abgewendet worden» sei. Das Volk Guatemalas habe «den Mut gezeigt, die Werkzeuge fremder Despoten auszuschalten». Denn der internationale Kommunismus habe ja schon längst «nach einem Nistplatz auf dem amerikanischen Kontinent gesucht», bis er endlich «auf Guatemala gestoßen» sei. Die dramatischen Ereignisse in Guatemala hätten «die böse Absicht des Kremls bloßgelegt, das interamerikanische System zu vernichten», hätten aber gleichzeitig die Fähigkeit der amerikanischen Staaten bewiesen, jeden kommunistischen Brückenkopf auf der westlichen Halbkugel zu zerstören.

Man kann schwerlich mehr zynische Lügen in so wenigen Sätzen zusammendrängen. Es sei davon abgesehen, daß im vergangenen Herbst die gleiche Behauptung von einem sowjetkommunistischen Brückenkopf in Amerika mit Bezug auf *Britisch Guayana* aufgestellt wurde, wobei es damals den Engländern überlassen wurde, diese Bedrohung der Freiheit und Sicherheit der amerikanischen Nationen aus der Welt zu schaffen. Fragen wir lediglich, worin sich eigentlich die kommunistische Tätigkeit oder auch nur Tendenz der jetzt gestürzten Regierung Arbenz in Guatemala praktisch geäußert haben soll. Etwa in einem politischen Diktatursystem, das sie aufgerichtet habe? Unmöglich; denn Jacobo Arbenz wurde im Jahr 1950 mit 65 Prozent aller Stimmen in einem offenen Wahlgang gegen zwei Mitbewerber zum Staatspräsidenten gewählt. Bei den folgenden Parlamentswahlen, die ebenfalls in aller Freiheit vor sich gingen (mindestens so frei wie irgend eine Wahl in Nordamerika . . .), bekam die Regierungskoalition 40 von den 56 Sitzen, während 12 Abgeordnete die Opposition der Rechten und vier Kommunisten diejenige der äußersten Linken darstellten. Oder ist etwa die guatemaltekische Presse geknebelt und gleichgeschaltet worden? Auch davon ist keine Rede; die paar Zeitungen, die die Regierungspolitik unterstützten, hatten eine Auflage von kaum 10 000 Exemplaren, während die mit viel größeren Geldmitteln arbeitende Presse der Rechtsopposition rund 50 000 Exemplare täglich herausbrachte und frei verteilen konnte. Aber ist vielleicht die Armee «kommunistisch verseucht» gewesen? Man weiß ja, daß ein kommunistisches Regime überall eine seiner entscheidenden Aufgaben darin sieht, sich in der Armee und Polizei eine unbedingt zuverlässige Stütze seiner Macht zu schaffen. Unbegreiflicherweise dachte der «Kryptokommunist» Arbenz gar nicht daran, die Armee in seine Hand zu bekommen. Wenn es *eine* Macht in Guatemala gab, die kommunistischen Einflüssen unzugänglich war, so war es die Armee. «Sie ist», so schrieb zu Beginn dieses Jahres Flora Lewis in der Neuyorker «Nation» (13. Februar), «jetzt gut gehalten — gut bezahlt, gut untergebracht, mit besonderen Vorrechten ausgestattet — und bleibt neutral. Die Vereinigten Staaten unterhalten eine umfangreiche Militär- und Luftmission im Lande . . . Die Armeen Mittelamerikas, die zuletzt über

die Politik entscheiden, sind neutral, wenn nicht feindselig gegenüber dem Kommunismus eingestellt.» Die Regierung von Guatemala hat aber offenbar nicht den geringsten Versuch gemacht, daran irgend etwas zu ändern. Wirklich merkwürdige Kommunisten!

Und wie stand es mit ihrer Wirtschafts- und Sozialpolitik? Hat sie etwa Sozialisierungs- oder Bolschewisierungsexperimente russischen Stils unternommen? Man hat nie etwas davon vernommen. Die Wirtschaftsreformen, die sie versucht hat, sind so zahm gewesen, daß sie, wie man gesagt hat, einen französischen Konservativen zum Lachen bringen mußten. Die ganze Richtung der guatemaltekischen Wirtschaftspolitik ging eher auf einen «aufgeklärten» Kapitalismus zu als auf irgendeine Art Sozialismus. Der Generalsekretär der führenden Regierungspartei, Estrada de la Hoz, sagte in einer Unterredung mit der amerikanischen Journalistin Anna Louise Strong (vgl. «Monthly Review», März 1954):

> «Wir sind keine Ignoranten in Geographie. Wir sind ein kleines Volk in der Mitte Amerikas. Wir erwarten Schuhe und Automobile nicht von Moskau, sondern von den Vereinigten Staaten. Es ist klar, unsere Wirtschaftsentwicklung wird kapitalistisch sein.»

Die Regierung Arbenz hat denn auch den Gedanken einer Verstaatlichung der einzigen Eisenbahnlinie, die Guatemala «besitzt», die aber der nordamerikanischen United Fruit Company gehört, immer von sich gewiesen, so wenig wie sie auf die Nationalisierung des ebenfalls nordamerikanischen Elektrizitätstrustes ausging. Was sie *wirklich* tat, ist vielmehr zweierlei: Sie suchte erstens die beiden nordamerikanischen Kapitalmonopole dadurch zu brechen, daß sie eine große Landstraße nach dem Atlantik baute, die in Konkurrenz mit der amerikanisch betriebenen Bahnlinie und ihren maßlos hohen Frachtsätzen treten sollte, ebenso wie sie auch ein neues Kraftwerk erstellen wollte, das fast doppelt soviel Elektrizität liefern sollte, wie die nordamerikanische Gesellschaft in den letzten 15 Jahren erzeugte. Also freier Wettbewerb gegen kapitalistische Monopole — was freilich eine Todsünde in den Augen nordamerikanischer Wirtschaftsgewaltiger ist!

Und die Regierung Arbenz setzte zweitens jene Bodenreform ins Werk, die die *unbebauten* Flächen gegen Entschädigung in Volkseigentum bringen sollte, zur Verteilung an die besitzlosen «Bauern», deren Armut und Unwissenheit so fürchterlich ist wie nur irgendwo in Mittel- und Südamerika[1]. Daß sie mit dieser Maßnahme auch die United Fruit traf, den allmächtigen Bananen-, Zucker-, Kaffee- und Kakaotrust, das war die noch viel größere Sünde, die sie sich gegenüber den heiligsten Gütern des nordamerikanischen Kapitalismus zuschulden kommen ließ.

---

[1] In Guatemala betrug im Jahre 1949 das Volkseinkommen pro Kopf 77 amerikanische Dollar. In den Vereinigten Staaten wird es auf rund 1100 Dollar berechnet.

Daran entzündete sich denn auch der «Bürgerkrieg» in Guatemala, der dann glücklich zum Sturz der «Kommunistenherrschaft» führte.

Wie's gemacht wird Der Hergang ist in frischer Erinnerung und sei darum nur kurz zusammengefaßt. Es begann mit einem Presse- und Radiofeldzug gegen das Regime Arbenz von den Vereinigten Staaten aus. (Nebenbei: der Propagandaleiter der United Fruit, Braden, war früherer Unterstaatssekretär im amerikanischen Außenministerium.) Im Januar dieses Jahres war die Aktion schon so weit gediehen, daß Präsident Arbenz die Aufdeckung des Planes für einen militärischen Angriff auf Guatemala von Honduras und Nicaragua her mitteilen konnte. Aus Westdeutschland seien bereits Waffen gekommen, und unter dem Kommando des früheren nordamerikanischen Obersten Carl Studer, jetzt Beamter der United Fruit, würden planmäßig Invasionstruppen ausgebildet. In Washington bereitete man inzwischen die kommenden Dinge diplomatisch vor. Außenminister Dulles sorgte dafür, daß an der allamerikanischen Konferenz in Caracas ein Beschluß gegen «kommunistische Einsickerung» in Amerika — gemeint war Guatemala — angenommen wurde. Und im Mai suchte die nordamerikanische Regierung, allem Völkerrecht zum Trotz, ganz offen, fremde Schiffe zu verhindern, Waffen nach Guatemala zu bringen — Waffen, die dieses zur Abwehr des drohenden Angriffes im Ausland kaufen wollte, die ihm aber die Vereinigten Staaten verweigerten, so daß es sich an «ein Land hinter dem Eisernen Vorhang» wenden mußte, was selbstverständlich als neuer Beweis für die kommunistischen Umsturzpläne der guatemaltekischen Regierung und ihrer «sowjetischen Hintermänner» erklärt wurde.

Am 18. Juni erfolgte dann der Einbruch bewaffneter Kräfte unter Führung des Obersten Armas, eines alten Gegners von Präsident Arbenz, in Guatemala. Er ging vom Boden der Republik Honduras aus, deren Präsident — ganz zufällig natürlich — ein früherer Sekretär der United Fruit Company ist. Der Hilferuf Guatemalas an den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen blieb ungehört; Washington sorgte dafür, daß der Fall der Organisation der amerikanischen Staaten überwiesen wurde, die es dank der Gefolgstreue der meisten lateinamerikanischen Regierungen gut in der Hand hat[2]. (Man erinnert sich dabei übrigens,

[2] Das heißt: Die Vereinigten Staaten waren von vornherein sicher, daß diese Körperschaft nichts tun werde, um Guatemala zu helfen. Dabei hatte das Staatsdepartement ein paar Wochen vorher, als Guatemala noch Waffen einführen wollte und Washington das zu hintertreiben suchte, erklärt: «Das Volk von Guatemala weiß genau, daß eine wirksame interamerikanische Maschinerie besteht, um jede Angriffshandlung gegen einen amerikanischen Staat zu verhindern. Es kann folglich keine Bedrohung Guatemalas geben, die in irgendeiner Weise den Ankauf militärischen Materials rechtfertigen könnte, das Guatemala zu erwerben sucht.» Kann man eigentlich noch frecher lügen?

wie schlagartig die Vereinigten Staaten im Fall Korea eingriffen und wie rasch da der Sicherheitsrat mobilisiert wurde, der sich nicht einmal bemüßigt fand, eine auch nur halbwegs objektive Untersuchung über den Ausbruch der Feindseligkeiten anzuordnen.)

So konnte sich die Invasion Guatemalas ungehindert vollziehen — ungehindert von außen wie von innen; denn auch die eigene Armee Guatemalas streikte. Besser: sie übte einfach Verrat. Präsident Arbenz wurde von einer Offiziersgruppe unter der Führung von Oberst Diaz gestürzt, nachdem dieser vom amerikanischen Gesandten Peurifoy die erforderlichen «Ratschläge» bekommen hatte. Aber auch Diaz wurde von den «Antikommunisten» noch nicht als genügend verläßlich erachtet, so daß eine zweite Offiziersjunta mit Oberst Monzon an der Spitze auf den Plan trat und «mit Hilfe der guten Dienste der Vereinigten Staaten und El Salvadors» (wie der Washingtoner Korrespondent der «Neuen Zürcher Zeitung» am 29. Juni naiv berichtete) mit Oberst Armas die Einstellung der Feindseligkeiten vereinbarte. So ging nach zwölf Tagen der «Krieg» zu Ende, ohne daß es zu nennenswerten Kampfhandlungen gekommen wäre, aber doch mit dem Ergebnis, daß das Regime Arbenz liquidiert, die Kommunistische Partei verboten, eine Razzia auf alle «umstürzlerischen Elemente» veranstaltet und die Bodenreform eingestellt wurde.

Es ist angesichts dieser Tatsachen, die wegen ihres typischen Charakters festgehalten zu werden verdienen, schon ein starkes Stück, wenn die «Neue Zürcher Zeitung» redaktionell behauptet (in Nr. 1624), «es sei in keiner Weise bewiesen», ja «völlig unwahrscheinlich», daß «Washington oder gar die United Fruit Company beim Umsturz in Guatemala die Hand im Spiel gehabt haben». Die übrige Welt, außerhalb der Falkenstraße in Zürich, ist ziemlich einmütig in der Feststellung, daß die treibenden Kräfte des «Umsturzes» in den Vereinigten Staaten und ihren mittelamerikanischen Filialen zu suchen sind[3]. Ein Fortschritt in der nordamerikanischen Interventionstechnik ist höchstens darin zu finden, daß der Angriff diesmal, im Unterschied zu früheren USA-Unternehmungen ähnlicher Art — in Mexiko, Nicaragua, Haiti, San Domingo, Cuba usw. — nicht offen unter nordamerikanischer Flagge geschah, sondern «stellvertretenderweise» durch Satelliten, die von Washington aus freilich jede erdenkliche Hilfe genossen. Aber wir fragen uns: Wie kann noch ein redlicher Mensch die Parolen von Freiheit,

[3] Der Sonderberichterstatter des Pariser «Monde» in Lateinamerika, Marcel Niedergang, stellt beispielsweise fest: «Der Umfang des Kriegsmaterials, das Castillo Armas zur Verfügung steht, zeigt hinlänglich, woher der Schlag kommt und wer ihn lenkt. Flugzeuge, Waffen, Munition und Ausrüstung sind von den Vereinigten Staaten geliefert worden. Die ‚Befreiungsarmee' hat viele Ausländer in ihren Reihen. In Lateinamerika läßt sich niemand täuschen. Was die Leute bereits ‚den Angriff der Vereinigten Staaten auf Guatemala' heißen, das droht — einerlei wie der Krieg ausgeht — das Ansehen Washingtons noch ein wenig mehr zu schädigen.» Was außerordentlich diplomatisch ausgedrückt ist.

Völkerrecht und christlicher Gesittung ernst nehmen, mit denen die Vereinigten Staaten ihren großen Weltkampf bestreiten? Denn genau so verlogen, so zynisch, so brutal, wie ihre Regierung die, ach so bescheidenen Versuche einer sozialen und wirtschaftlichen Reform in Guatemala zugunsten kapitalistischer Interessen zerschlagen hat, führt sie auf der *ganzen* Welt ihren Krieg gegen eine neue, gerechtere Form menschlichen Zusammenlebens, als der Kapitalismus und Imperialismus sie zu bieten vermag. Die Lüge von dem Menschheitsfeind Kommunismus, den es zu vernichten gelte, ist durch den Fall Guatemala auf eine Art bloßgestellt worden, daß man Grund zu der Hoffnung hat, sie werde sich mit der Zeit auch sonst überall erledigen, wo sie noch auftritt und geglaubt wird — vorausgesetzt, daß dafür wirklich noch genügend Zeit bleibt. Denn «der Teufel hegt gewaltige Wut, weil er weiß, daß seine Zeit nur noch kurz bemessen ist», und holt vielleicht zu einem letzten, verzweifelten Schlag aus, *bevor* die menschlichen Gegenkräfte soweit erwacht und gesammelt sind, daß ihr Sieg von vornherein gewiß ist!

Rußland heute Die antikommunistische Propaganda zieht selbstverständlich ihre Hauptnahrung noch immer aus einer bestimmten Art von Darstellung der Verhältnisse in der *Sowjetunion*. Nur wird ihre Arbeit eben von Jahr zu Jahr schwerer, weil allmählich so viele zuverlässige, nicht von vornherein als tendenziös prokommunistisch abzustempelnde Berichte über die Sowjetunion vorliegen, daß die Unwahrheiten der landläufigen Antisowjetpropaganda mehr und mehr an Kraft verlieren. Ich rechne zu diesen Berichten namentlich auch das in diesem Jahr herausgekommene Buch von *Paul Distelbarth*, *«Rußland heute»* (Rowohlt-Verlag, Hamburg). Es ist darum so wertvoll, weil der Verfasser weder Kommunist noch auch Sozialist ist, sondern ein bürgerlicher Liberaler besten Schlages, Mitherausgeber — wenn ich nicht irre — einer schwäbischen Tageszeitung, ein nüchterner, fair denkender und besonders auch urteilsfähiger Beobachter, der als Verwaltungsoffizier schon im Ersten Weltkrieg die russischen Verhältnisse gründlich kennenzulernen Gelegenheit hatte und darum einen guten Vergleichsmaßstab für die Beurteilung des heutigen Rußland hat. Denn darin hat Distelbarth ja vollkommen recht: «Man kann Rußland nicht mit dem Westen vergleichen, es ist der größte Fehler, wenn man es tut ... Man kann Rußland nur mit sich selber vergleichen: das Rußland vor 1917 mit dem Rußland von heute.» Und doppelt unterstreichen muß man seine Feststellung:

«Vielleicht war es nie so notwendig wie in dieser Zeit der Lüge und der geistigen Verwirrung, wo die einflußreichsten Staatsmänner nur noch mit Fiktionen, oft mit bewußten Unwahrheiten arbeiten, *daß etwas Wahres und Zuverlässiges über die Sowjetunion gesagt wird*. Es braucht nichts Günstiges zu sein, es muß nur *wahr* sein; natürlich darf es auch nicht gehässig sein. Denn nur wenn wir erfahren, wie die Sowjetunion *wirklich* ist, können wir ihr gegenüber die richtige Haltung einnehmen.»

Was uns sozusagen alle Tage über die Zustände in der Sowjetunion vorgesetzt wird, in der Presse, im Radio und sonstwo, ist ja wirklich beschämender Unsinn. Zwei willkürlich herausgegriffene Beispiele mögen das erhärten. Der Präsident des mächtigen, auch unsere Gewerkschaften weithin beeinflussenden Amerikanischen Gewerkschaftsbundes, George Meany, behauptet in einem Exposé vor dem Zentralausschuß seiner Organisation (abgedruckt in den deutsch geschriebenen «Internationalen Freigewerkschaftlichen Nachrichten», Nr. 4, 1954) unter anderem:

«Der Bankrott des Kommunismus als Wirtschaftssystem ist in erschreckender Weise zutage getreten. Das Gleichgewicht der ganzen Sowjetwirtschaft ist ins Wanken geraten ... Der Sowjetbürger ernährt sich heute in quantitativer und qualitativer Hinsicht schlechter als vor 25 Jahren ... Das Ergebnis jahrelanger ‚glänzender Erfolge' auf dem Gebiete der Industrialisierung ist für die Völker Rußlands lediglich eine erschreckende Knappheit an Verbrauchsgütern ... Die Sklavenarbeit von Millionen und die ständige ungenügende Versorgung der Bevölkerung mit Verbrauchswaren haben sich als starke Hindernisse für die Erhöhung der Leistungsfähigkeit und der Produktivität erwiesen.» Und so weiter.

Und letzthin erschien auch in der Schweizer Presse ein spaltenlanger Bericht über die Aussagen eines von der Sowjetpolizei abgesprungenen Offiziers namens Burlizki, der ganz ähnlich erklärt, «der Lebensstandard (der Sowjetbevölkerung) sei seit dem Kriege stark gesunken ... Nur in Moskau und in der Umgebung der Hauptstadt könne man Lebensmittel in den Geschäften kaufen, anderswo sei die Bevölkerung dagegen auf den Schwarzen Markt angewiesen. Das Leben in den Kolchosen sei außerordentlich armselig». «Nach den Erklärungen Burlizkis soll die Armee im großen ganzen nicht auf der Seite der Regierung stehen ... Auch die Stimmung in der Bevölkerung sei vielfach regierungsfeindlich.»

Kein Wunder, daß Burlizki empfiehlt, der Westen solle unbedingt die diplomatischen Beziehungen mit der Sowjetunion abbrechen, «damit das Volk deutlich erkenne, daß es vom Westen Unterstützung erhalte». Ja, es müsse «eine russische Exilarmee gebildet werden ... Das würde auch im Innern des Landes den Mut zu einer Revolution beleben, die dann von der Exilarmee unterstützt werden könnte ... Das ganze russische Volk warte darauf».

Auf solche Berichte gründen «Staatsmänner», wie Dulles und Adenauer, ihre Rußlandpolitik. Wie steht es aber *wirklich* um die Sowjetunion? Ein paar sachliche Feststellungen aus unverdächtiger Quelle müssen hier genügen. Zunächst der angebliche Bankerott der russischen Wirtschaft. Isaak Deutscher, der Rußlandsachverständige des liberalen Londoner «Economist», erwartet, daß der laufende Fünfjahrplan das Volkseinkommen in der Sowjetunion um 60 Prozent erhöhen werde, die Industrieproduktion um 70 Prozent, die Erzeugung von Verbrauchsgütern um 64 Prozent. Der Nationalökonom an der amerikanischen Harvard-Universität, Seymour E. Harris, schätzt, daß zwischen 1940

und 1960 die Leistungsfähigkeit der Sowjetwirtschaft relativ fast doppelt so rasch gewachsen sein werde wie die amerikanische. Und der Oxforder Professor Peter Wiles stellt fest, daß die Sowjetindustrie seit Kriegsende alljährlich um 10,5 bis 13 Prozent mehr Güter produziere als im Vorjahr. Die Gesamterzeugung der sowjetischen Wirtschaft wachse jetzt jährlich um 7 bis 10 Prozent, gegen 3 Prozent für die amerikanische und 1 Prozent für die westeuropäische Wirtschaft. (Zitiert nach Fleming, «The Western Political Quarterly», September 1953.)

Dementsprechend ist auch die *Lebenshaltung* der Sowjetbevölkerung zusehends besser geworden. Henry Shapiro, der frühere langjährige Vertreter der amerikanischen «United-Preß»-Agentur in Moskau, anerkennt das rückhaltlos (vgl. «NZZ», Nr. 524, 1954):

«Der sowjetische Durchschnittsbürger genießt heute einen höheren Lebensstandard als jemals in den letzten zwanzig Jahren ... Für eine Generation, die zahllose Hungerjahre mit Brotmangel und dürftigsten Lebensmittelrationen kennengelernt hat, ist das Leben materiell mehr als erträglich geworden. Es herrscht heute Überfluß an Brot, dem wichtigsten Nahrungsmittel; der Verbrauch von Fleisch, Fetten und Molkereiprodukten ist ständig im Wachsen, und jeder Russe besitzt anscheinend wenigstens ein Paar Schuhe und einen ganzen Anzug ... Bücher, Musikinstrumente, Uhren, Photoapparate, Radios und Fahrräder sind nicht mehr Luxusartikel wie bisher; aber Fernsehapparate, Staubsauger und Kühlschränke sind für den Durchschnittshaushalt immer noch unerfüllbare Wunschträume.» (Wie in der reichen Schweiz auch!)

Aktiva und Passiva Distelbarth hat in der Sowjetunion ähnliche Beobachtungen gemacht. Er ist erstaunt über die Leistungsfähigkeit der russischen Industriebetriebe, die er kennengelernt hat, über die hohe Lebenshaltung auch der landwirtschaftlichen Bevölkerung, über die ungeheuren Wasserkraftbauten, die in Ausführung begriffenen Pläne für die Bewässerung von Wüstengebieten, die Ausgleichung der Klimaverhältnisse usw. «Die Sowjetunion», so schreibt er,

«kann heute schon Weizen ausführen. Sie hat sogar den Engländern ein so unersetzliches Kriegsmaterial wie Wolfram zum Kauf angeboten (was nicht gerade auf kriegerische Absichten schließen läßt) ... In fünf, höchstens zehn Jahren wird die Sowjetunion große Mengen Baumwolle, Wolle, Tee, Reis ausführen können ... Wenn ihr niemand Rohstoffe abkauft, wird die Sowjetunion diese selbst verarbeiten und die Fertigwaren, ähnlich den Fischkonserven, in großen Mengen zu Preisen auf den Markt werfen, die konkurrenzlos sein werden, nicht weil sie in Zwangsarbeit erzeugt werden, sondern weil die Produktionskosten viel niedriger sind.»

Zu den Aktivposten der Sowjetunion rechnet Distelbarth vor allem die weitgehende Modernisierung des ganzen Landes, das ja vor einem Menschenalter noch sozusagen im Mittelalter steckte. Dann die Leistungen für die Volksbildung: «Ein Volk von Analphabeten, das in dumpfer Bedrücktheit dahinlebte, (hat) lesen und schreiben gelernt und damit das Fundament gewonnen, auf dem es ein neues Leben aufbauen kann ... Man muß dabei bedenken, daß Hunderttausende von Lehr-

kräften erst herangebildet, Zehntausende von Schulen erst erbaut werden mußten, ehe man richtig ans Werk gehen konnte.»

Und was wird alles für die Volksgesundheit getan!

«Während früher die Kinder der armen Leute wie Fliegen dahinstarben oder in jugendlichem Alter an Unterernährung zugrunde gingen, hat heute die Säuglingssterblichkeit fast ganz aufgehört, und die Kinder auch der Arbeiter und Bauern wachsen unter Verhältnissen auf, die in keinem Lande besser sein könnten... Die Geschlechtskrankheiten, die das Blut vergiften, auch wenn sie geheilt werden, und unter deren Folgen zahllose Kinder verkümmern, haben fast ganz aufgehört. Das sexuelle Problem ist in einem Grade entgiftet, der kaum höher sein kann... Die Ursachen aller Erkrankungen werden viel weniger in Viren und Bakterien erblickt, die die Krankheiten auslösen, als in seelischen Ursachen: den Familienverhältnissen, der Umwelt (‚Milieu'), der gestörten inneren Harmonie, in der mangelnden Widerstandsfähigkeit des Organismus.»

Unter den Passivposten des Sowjetregimes nennt Distelbarth natürlich insbesondere die politische Diktatur samt allem, was damit zusammenhängt. Aber auch hier sucht er gerecht zu urteilen. Freiheit, so betont er, sei nicht nur politische Freiheit im westlichen Sinn, sondern zunächst einmal wirtschaftliche und soziale Freiheit, und hier sei es für den russischen Menschen ganz offenkundig mächtig vorwärts gegangen:

«Wenn man... den Zustand, in dem das russische Volk bis zur Oktoberrevolution lebte, mit dem heutigen vergleicht, so kann auch nicht der leiseste Zweifel daran bestehen, daß es heute freier ist als damals. Das ist bei der Betrachtung der ganzen Frage wohl das Entscheidende.»

«Ich muß sagen, daß ich nirgends in Rußland den Eindruck hatte, in einem riesigen Zuchthaus oder Konzentrationslager zu sein. Man atmet frei und leicht, die Luft ist ganz anders als etwa in Berlin. Der hervorstechende Eindruck war sogar... der des Gelockertseins, der unbefangenen Fröhlichkeit. Auch die einzelnen gaben sich frei und rückhaltlos. Das ist die reine Wahrheit.»

«Ob die Bewegungsfreiheit in der Sowjetunion noch Beschränkungen unterliegt, weiß ich nicht. Sicher ist es, daß die Arbeiter ihren Platz frei wechseln, auch die Bauern nach Belieben in die Stadt ziehen und bei der Industrie Arbeit suchen können; denn darüber hat ja Malenkow geklagt.»

Wichtiger als die meisten anderen Freiheiten erscheint dem Verfasser die Freiheit der Ausbildung und des Aufstiegs für jedermann. Und die sei «in der Sowjetunion in einer Weise verwirklicht, die kaum übertroffen werden kann.» Der junge Mensch, der seine Ausbildung beendet hat, hat die größten Möglichkeiten:

«Er kann daheim bleiben, und dann ist ihm, wenn er tüchtig ist, ein ehrenvoller Aufstieg und ein bequemes Einkommen in einem der großen Werke sicher. Er kann nach Mittelasien gehen und sich den Arbeiten zur Fruchtbarmachung der Wüsten widmen. Oder nach Ostsibirien, an den Baikalsee... Ein Sechstel der Welt steht ihm offen.»

Natürlich besteht Zensur und «Gleichschaltung». Aber

«die Sowjetunion kann sich den Luxus noch nicht erlauben, daß ihre Grundlagen angefochten und umstritten würden; das würde wieder zum Bürgerkrieg führen, der noch nicht so lange überwunden ist. Es muß also jeder die Lehren des Bolschewismus

anerkennen, genau so, wie er früher in Europa die Lehren des Christentums anerkennen mußte... Wer aber den Bolschewismus als Grundlage anerkennt, bleibt gänzlich unbehelligt und kann seine Anlagen und Kräfte frei entfalten.»

Die Völker der Sowjetunion — das betont Distelbarth nachdrücklich — «sehen eine strahlend-schöne Zukunft vor sich, die nur durch einen Krieg gefährdet werden könnte. Sie werden diese Zukunft nicht wegen vorübergehender wirtschaftlicher Schwierigkeiten aufs Spiel setzen und auch Entbehrungen auf sich nehmen, wenn solche unvermeidlich werden. Ganz bestimmt aber werden sie ihrer Regierung nicht in den Rücken fallen».

«Wenn man bei uns glaubt, die russischen Arbeiter seien unzufrieden und wünschten die früheren Zeiten zurück, das bolschewistische Regime müsse daher demnächst zusammenbrechen, so ist das offenbarer Unsinn. Hierauf eine Politik zu gründen, kann nur verhängnisvoll werden.»

Was der deutsche Besucher in der Sowjetunion nicht sehen konnte, das war der fast märchenhafte Aufstieg der ehemaligen russischen *Kolonialvölker*, der primitiven Stämme und Nationalitäten, der geschichtslosen, schlafenden Rassen zu einem bewußten, frohen und reichen Leben, wie es sich noch vor 40 Jahren kein utopistischer Träumer vorzustellen vermochte. Wir haben davon schon manchesmal geredet und möchten heute nur auf ein Buch hinweisen, das einen trefflichen Einblick in diesen erstaunlichen Vorgang gewährt. Es heißt (im Deutschen) «Brand in der Polarnacht» von *T. Sjomuschkin* und beschreibt auf Grund langjähriger Beobachtung die Zivilisierung des Stammes der Tschuktschen im äußersten Nordosten Sibiriens (Verlag Kultur und Fortschritt, Berlin, 1953). Alle Kolonisations- und Zivilisationsarbeit der Engländer und Franzosen, der Spanier und Holländer nimmt sich gegenüber solcher Leistung — denn die Tschuktschen sind ja nur *eines* der vielen neu ins Licht der Geschichte getretenen Völker der Sowjetunion — einfach kläglich und weithin überhaupt verkehrt aus.

Die Sowjetunion und mit ihr der Kommunismus ganz allgemein sind so *wirklich* daran, das Problem der unterentwickelten Völker zu lösen, das ja eines der Zentralprobleme unserer Zeit ist, das aber die «freie» Welt *nicht* lösen will und wohl auch gar nicht lösen *kann*, weil es nur auf dem Boden einer neuen, vom Kapitalismus und Imperialismus befreiten Ordnung gelöst werden kann — einer Ordnung also, deren Aufkommen die «freie» Welt, von den Vereinigten Staaten abhängig, in jeder Form, nicht nur in der kommunistischen, mit Aufbietung ihrer letzten Kraft und Leidenschaft bekämpft. Was darum auch immer die Sünden und Irrwege der Sowjetunion sein mögen — *hier* ist sie grundsätzlich auf dem rechten Weg. Und hier leistet sie darum auch wirkliche Friedensarbeit, weil sie begriffen hat, daß Friede auf Erden so lange nicht einkehren wird, als es noch unterentwickelte, «rückständige», das

heißt von kapitalistischen und feudalistischen Herrschaftsmächten getretene, ausgebeutete Völker und Klassen gibt, solange also die große soziale Umwälzung nicht vollzogen ist, auf die in der ganzen Welt nun alles hindrängt. Die das noch immer nicht begriffen haben, in dieser Umwälzung nur einen tückischen Versuch zur Aufrichtung einer kommunistischen Weltdespotie sehen wollen und Arm in Arm mit dem nordamerikanischen Imperialismus als Vormacht *ihres* Weltkampfes tatsächlich der Gegenrevolution Vorschub leisten — *die* sind es, die auch dem Völkerfrieden im Weg stehen und die uns in jene dritte Weltkatastrophe zu stürzen drohen, aus der es mindestens für unser altes Europa kaum mehr eine Rettung geben könnte. Wenn wir das nur wenigstens *einsehen* wollten — es wäre schon der Anfang der großen Wendung, die wir ersehnen und zu deren Durchbruch wir beizutragen entschlossen sind, solang noch eine Ader in uns lebt.

11. Juli. *Hugo Kramer.*

BUCHBESPRECHUNG

Vorbemerkung: Im nächsten Heft werden wir einiges zu nachfolgender Besprechung sagen und eingehender auf Försters Standpunkt eintreten. *D. R.*

Erlebte Weltgeschichte, Memoiren von Friedrich Wilhelm *Förster,* Europa-Verlag, Zürich.

Als ich dies neueste Werk von Friedrich Wilhelm Förster von der Post erhielt und auspackte, erstaunte ich über den gewaltigen Umfang dieses Buches. «Das ist ja eine Bombe!», rief ich unwillkürlich aus. Eine Bombe allerdings, aber eine Friedensbombe, eine Wahrheitsbombe, keine Vernebelungsbombe, sondern eine Entnebelungsbombe, eine Bombe, die dem Frieden dient dadurch, daß sie gefährliche Täuschungen wegräumt und gerade dadurch einen wahren Aufbau des Weltfriedens möglich macht.

Naturgemäß handelt dies Buch zum größten Teil von dem gigantischen prophetischen Kampfe, den dieser Mann schon durch 60 Jahre hindurch führt gegen die Fehlentwicklungen in der deutschen Politik, und von der volkserzieherischen Arbeit, die in nicht weniger als 38 Bänden vor uns liegt. Diese pädagogische, ethisch-religiöse und politische Leistung und Bedeutung Försters habe ich, teils auch in dieser Zeitschrift, wiederholt ins Licht gestellt. Die Memoiren bringen nun zu dem Bereitsbekannten sehr viel Neues, bisher noch nicht Bekanntes, so vor allem viel Persönliches, Begegnungen mit Kaisern, Kardinälen und bedeutenden Politikern und Staatsmännern, die zum Verständnis seiner Lebensarbeit viel beitragen.

Mich persönlich, der ich den Kampf Försters zeitweise aus nächster Nähe mitansehen und miterleben konnte (schon als Theologiestudent sah ich mich genötigt, meine Klinge für ihn zu führen, war der Name Förster doch damals das Zeichen, dem widersprochen wurde und an dem sich die Geister schieden und aneinander in größte Hitze geraten konnten), mich hat an dem neuen Buch am meisten interessiert und ergriffen die anschauliche Schilderung seines häuslichen Milieus und besonders das Porträt, das Förster von seinem Vater und seiner Mutter entwirft, und was er von seinem Entwicklungsgang erzählt. Ich interessiere mich stets besonders